



75 Jahre
Demokratie
lebendig



Deutscher Bundestag
Wissenschaftliche Dienste

Sachstand

Zu „obsoleten“ Vorschriften des Grundgesetzes
Eine Übersicht zum Stand der Diskussion

Zu „obsoleten“ Vorschriften des Grundgesetzes

Eine Übersicht zum Stand der Diskussion

Aktenzeichen: WD 3 - 3000 - 086/24
Abschluss der Arbeit: 12.09.2024
Fachbereich: WD 3: Verfassung und Verwaltung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung. Arbeiten der Wissenschaftlichen Dienste geben nur den zum Zeitpunkt der Erstellung des Textes aktuellen Stand wieder und stellen eine individuelle Auftragsarbeit für einen Abgeordneten des Bundestages dar. Die Arbeiten können der Geheimschutzordnung des Bundestages unterliegende, geschützte oder andere nicht zur Veröffentlichung geeignete Informationen enthalten. Eine beabsichtigte Weitergabe oder Veröffentlichung ist vorab dem jeweiligen Fachbereich anzuzeigen und nur mit Angabe der Quelle zulässig. Der Fachbereich berät über die dabei zu berücksichtigenden Fragen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Fragestellung	4
2.	Zum Begriff „obsoleter“ Vorschriften	4
3.	Stand der Diskussion	5
3.1.	Erfüllung und Wegfall des Regelungsgegenstandes	5
3.2.	Ablauf von Geltungsfristen	8

1. Fragestellung

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages wurden gefragt, welche Vorschriften des Grundgesetzes „obsolet“ seien. Zur Beantwortung der Frage wird erst der Begriff einer „obsoleten Vorschrift“ erörtert und dann der aktuelle Stand der Diskussion in der rechtswissenschaftlichen Literatur zu „obsoleten Vorschriften“ des Grundgesetzes dargestellt.

2. Zum Begriff „obsoleter“ Vorschriften

Ab wann eine Vorschrift allgemein oder insbesondere des Grundgesetzes obsolet ist, wird unterschiedlich beurteilt. In der rechtswissenschaftlichen Literatur wird von einem „Obsolet-Werden“ von Vorschriften des Grundgesetzes gesprochen, wenn sich der Regelungsgehalt einer Vorschrift erfüllt hat, der Regelungsgegenstand einer Vorschrift weggefallen ist oder etwaige konkret normierte Geltungsfristen abgelaufen sind.¹ Entsprechend werden in der Beck'schen Textausgabe des Grundgesetzes einige Vorschriften in Fußnoten als „gegenstandslos durch Vollzug“ oder „gegenstandslos durch Zeitablauf“ bezeichnet.² Diese Hinweise sind allerdings lediglich redaktionelle Fußnoten des Verlags und kein rechtswirksamer Gegenstand der jeweiligen Vorschrift. Das Bundesverfassungsgericht spricht von einer „obsoleten Norm“, wenn diese „offensichtlich und in jeder Hinsicht gegenstandslos geworden ist“.³ Nach wohl überwiegender Auffassung ist eine Vorschrift jedenfalls dann noch nicht obsolet, wenn eine im Grundgesetz normierte Befugnis nur dauerhaft unangewendet bleibt oder noch nie angewendet wurde (sog. „desuetudo“).⁴

Zu beachten ist in diesem Zusammenhang, dass eine „obsolet gewordene“ Vorschrift nach dem zuvor erläuterten Verständnis nicht unwirksam oder nichtig ist. Änderungen des Grundgesetzes sind nur nach Maßgabe des Art. 79 des Grundgesetzes (GG)⁵ zulässig. Im Übrigen ist nach der überwiegenden Auffassung in der rechtswissenschaftlichen Literatur der verfassungsändernde Gesetzgeber nicht verpflichtet, eine „obsolet gewordene“ Vorschrift zu streichen oder zu ändern.⁶ Vielmehr wird bei einigen Vorschriften vertreten, dass sie besonders wegen ihrer Symbolkraft

1 Vgl. Dreier, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2015, Art. 79 Abs. 1 Rn. 42; Hain, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 79 Rn. 15; vgl. Austermann, Die Streichung rechtlich entbehrlicher Grundgesetznormen, DÖV 2012, 227 (228) zur „rechtlichen Entbehrlichkeit“ von Verfassungsvorschriften, die „obsolet“ sein können, aber nicht zwingend sein müssen.

2 Danach sind Art. 136, 137 Abs. 2, Abs. 3, 144 GG gegenstandslos durch Vollzug und Art. 132, 143a Abs. 3, 143c, 143d Abs. 1, Abs. 2, Abs. 3, 143g, 143e Abs. 1, Abs. 2 GG gegenstandslos durch Zeitablauf.

3 BVerfG, Beschluss vom 15.01.2008 - [2 BvF 4/05](#), BVerfGE 119, 394 (410).

4 Hain, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 79 Rn. 16; Dreier, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2015, Art. 79 Abs. 1 Rn. 42, nennt als Beispiele der faktischen Nichtanwendung insoweit Art. 15 GG, Art. 18 GG und Art. 21 GG; ähnlich dazu Durner, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 15 Rn. 1; ferner zum „Obsoletwerden“, Isensee, in: Isensee/Kirchhof, Handbuch des Staatsrechts Bd. XII, 3. Aufl. 2014, § 258 Rn. 29, der von „irregulären Beendigungstatbeständen“ spricht.

5 [Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland](#) in der im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, zuletzt geändert am 19.12.2022 (BGBl. I S. 2478).

6 Vgl. dazu allein Dreier, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2015, Art. 79 Abs. 1 Rn. 42.

weiterhin Wirkung entfalten, auch wenn der Regelungsgegenstand weggefallen ist oder Geltungsfristen abgelaufen sind.

3. Stand der Diskussion

3.1. Erfüllung und Wegfall des Regelungsgegenstandes

Im Hinblick auf die Kategorien der Erfüllung und des Wegfalls des Regelungsgegenstandes werden mehrere Vorschriften als obsolet oder gegenstandslos bezeichnet. Dies gilt vor allem für Übergangsvorschriften, die die Anfangszeit der Bundesrepublik Deutschland regelten und sich somit auf bestimmte Ereignisse und Zeitpunkte in der Vergangenheit beziehen, die heutzutage nicht mehr von Bedeutung sein dürften.⁷ Zum Teil wird den Vorschriften dennoch legitimierende oder klarstellende Bedeutung beigemessen. In diesem Zusammenhang wird auch von „weitgehend obsoleten“ oder „weitgehend gegenstandslosen“ Vorschriften gesprochen.⁸

Nachfolgend werden diejenigen Vorschriften erläutert, die im Fokus der Diskussion stehen:

– Art. 79 Abs. 1 Satz 2 GG

Art. 79 Abs. 1 Satz 2 GG ist eine Ausnahmenvorschrift zu Art. 79 Abs. 1 Satz 1 GG und wird als solche eng ausgelegt.⁹ Teilweise wird vertreten, dass die Norm heute gegenstandslos sei, weil sie, soweit die völkerrechtlichen Verträge eine Friedensregelung, die Vorbereitung einer Friedensregelung oder den Abbau einer besatzungsrechtlichen Ordnung zum Gegenstand haben, auf die Regelung der Folgen des Zweiten Weltkriegs beschränkt sei.¹⁰

– Art. 117 Abs. 2 GG

Der Sinn und Zweck des Art. 117 Abs. 2 GG besteht darin, die Freizügigkeit mit Rücksicht auf die Raumnöte nach dem Zweiten Weltkrieg einzuschränken, die wegen der Zerstörungen und der Flüchtlingsbewegungen bestand.¹¹ Die überwiegende Auffassung der rechtswissenschaftlichen Literatur scheint der Norm im Wesentlichen nur noch rechtshistorische Bedeutung beizumessen.¹² Vereinzelt wird allerdings auch vertreten, dass Art. 117 Abs. 2 GG jedenfalls

7 Vgl. Giegerich, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 122 Rn. 32, der insoweit auf „Art. 117, 118, 119, 127, 132, 136, Art. 137 Abs. 2 und 3 oder Art. 144 GG“ verweist; vgl. ferner zu den Schluss- und Übergangsvorschriften Waldhoff, in: Kahl/Waldhoff/Walter, BK-GG, 226. Lfg., 8/2024, Vorb. zu Teil XI Rn. 32.

8 Vgl. zu Art. 119 Muckel/Krewerth, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 119 Rn. 27; siehe ferner zu Art. 145 GG Kerkemeyer, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 145 Rn. 14.

9 Siehe dazu BVerfG, Beschluss vom 13.01.1976 - 1 BvR 631/69, 24/70, BVerfGE 41, 126 (174).

10 Dietlein, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, 58. Ed. 15.06.2024, Art. 79 Rn. 11; vgl. dazu auch Hain, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 79 Rn. 20.

11 Langenfeld, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 117 Rn. 12.

12 Vgl. anstelle vieler Gusy, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 117 Rn. 15; Jarass, in: Jarass/Pieroth, GG, 18. Aufl. 2024, Art. 117 Rn. 2; Sachs, in: Sachs, GG, 9. Aufl. 2021, Art. 117 Rn. 20.

klarstellende Wirkung dahingehend habe, „dass Art. 11 Abs. 2 GG keine Beschränkungen der Freizügigkeit mit Rücksicht auf eine Raumnöte gestatte“.¹³

– Art. 118 GG

Die Vorschrift erlaubt die Neugliederung im südwestdeutschen Raum in einem einfacheren Verfahren. Die Neugliederung Baden-Württembergs wurde jedoch bereits, gestützt auf die ausschließliche Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes nach Art. 118 Satz 2 GG, durch zwei Bundesgesetze vom 4. Mai 1951 vorgenommen. Daher wird davon ausgegangen, dass der Regelungsgegenstand des Art. 118 GG weggefallen und die Vorschrift deswegen obsolet sei.¹⁴ Auch wenn die Vorschrift keine normative Bedeutung mehr entfalte, wurde sie dennoch aus „verfassungshistorischen Gründen“ bisher nicht gestrichen.¹⁵

– Art. 119 GG

Einer Ansicht nach sei Art. 119 GG obsolet, weil die in Art. 119 Satz 1 GG vorgesehene bundesgesetzliche Regelung mit dem Erlass des Bundesvertriebenengesetzes vom 19. Mai 1953¹⁶ getroffen worden sei. Die Aufhebung des Bundesvertriebenengesetzes führe auch nicht wieder zum Aufleben des Art. 119 GG.¹⁷ Teilweise wird indes vertreten, dass Art. 119 GG für zukünftige Verfassungsänderungen von Bedeutung sein könne.¹⁸

– Art. 122 GG

Es wird einerseits vertreten, dass Art. 122 GG obsolet sei, weil die Vorschrift in ihren beiden Absätzen ihren Regelungsgegenstand durch Erfüllung verloren habe.¹⁹ Art. 122 GG sei, wie viele andere Vorschriften, die die Übergangszeit nach Erlass des Grundgesetzes regelten, allein von rechtshistorischem Interesse.²⁰ Andererseits wird Art. 122 GG von anderen Stimmen insoweit Rechtswirkung beigemessen, als „sie der Legitimation desjenigen Rechts dient, das unter der Geltung des Grundgesetzes von den Organen nach Abs. 2 erlassen wurde“.²¹

13 Langenfeld, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 117 Rn. 12 m.w.N.

14 Jarass, in: Jarass/Pieroth, GG, 18. Aufl. 2024, Art. 118 Rn. 1; Hellermann, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, 58. Ed. 15.06.2024, Art. 118 Rn. 4.

15 [BT-Drs. 12/6000](#), S. 45 f.; vgl. zum Hintergrund Wollenschläger, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 118 Rn. 6.

16 Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG) vom 19.05.1953 ([BGBl. I S. 201](#)).

17 Vgl. anstelle vieler Jarass, in: Jarass/Pieroth, GG, 18. Aufl. 2024, Art. 119 Rn. 1.

18 Hillgruber, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, 58. Ed. 15.06.2024, Art. 119 Rn. 4.1; Mann, in: Sachs, GG, 9. Aufl. 2021, Art. 119 Rn. 2.

19 Siehe dazu m.w.N. Giegerich, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 122 Rn. 32.

20 Giegerich, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 122 Rn. 32.

21 Wittreck, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 122 Rn. 8, m.w.N.

– Art. 136 GG

Nach wohl einhelliger Ansicht seien durch den Zusammentritt von Bundestag und Bundesrat am 7. September 1949 sowie durch die Wahl des ersten Bundespräsidenten Art. 136 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 GG gegenstandslos geworden.²² Im Übrigen sei Art. 136 Abs. 2 Satz 2 GG aber für die Auslegung des Art. 57 GG bedeutend.²³ Zum Teil wird in der rechtswissenschaftlichen Literatur vertreten, dass trotz der partiellen Gegenstandslosigkeit der Vorschrift von einer „Verfassungsbereinigung“ abgesehen werden solle.²⁴

– Art. 137 Abs. 2 und Abs. 3 GG

Bei Art. 137 Abs. 2 und Abs. 3 GG handele es sich nach der wohl überwiegenden Auffassung ebenfalls um typische Übergangsvorschriften wie Art. 136 GG, die heute als obsolet zu betrachten seien, weil sie durch das Eintreten der Ereignisse ihre Bedeutung eingebüßt haben.²⁵ Gegen eine etwaige Streichung wird allerdings vor allem die rechtshistorische Bedeutung der Vorschriften angeführt.²⁶

– Art. 139 GG

Zwar vertritt die wohl überwiegende Ansicht, dass auch Art. 139 GG mit dem letzten in einem Bundesland ergangenen Entnazifizierungsabschlussgesetz im Jahr 1953 gegenstandslos geworden sei, weil die Vorschrift seitdem keine normative Wirkung mehr entfalte.²⁷ Allerdings wird zum Teil vertreten, dass Art. 139 GG vor allem rechtshistorische Bedeutung habe und für die „systematische Auslegung des Grundgesetzes“ relevant sei.²⁸

– Art. 144 GG

Art. 144 Abs. 1 GG regelt die Annahme des Grundgesetzes. Es wird vertreten, dass sich durch das erfolgte Annahmeverfahren der Regelungsgehalt des Art. 144 Abs. 1 GG erledigt habe und die Vorschrift nun gegenstandslos sei.²⁹ Art. 144 Abs. 2 GG steht in einem engen Zusammenhang mit der alten Fassung der Präambel und Art. 23 GG in der bis zum 3. Oktober 1990 geltenden und durch Art. 4 Nr. 2 des Einigungsvertrags vom 31. August 1990 aufgehobenen Fassung. Nach der Wiedervereinigung und dem Beitritt der neuen Bundesländer zum Geltungsbereich des

22 Vgl. anstelle vieler Klein, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 136 Rn. 5.

23 Unruh, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 136 Rn. 4; Klein, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 136 Rn. 6 f.

24 Waldhoff, in: Kahl/Waldhoff/Walter, BK-GG, 226. Akt. 2024, Art. 136 Rn. 2 (Stand Juni 2020), m.w.N.

25 Vgl. anstelle vieler Butzer, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, 58. Ed. 15.06.2024, Art. 137 Rn. 22 f.

26 Siehe dazu Klein, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 137 Rn. 95.

27 Unruh, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 139 Rn. 3; so auch Wittreck, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 139 Rn. 10; Zeccola, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 139 Rn. 2.

28 Sachs, in: Sachs, GG, 9. Aufl. 2021, Art. 139 Rn. 5; siehe zu einer Fernwirkung des Art. 139 GG Waldhoff, in: Kahl/Waldhoff/Walter, BK-GG, 226. Lfg. 8/2024, Art. 139 Rn. 12; vgl. übersichtlich zu den verschiedenen Auffassungen Zeccola, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 139 Rn. 5.

29 Unruh, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 144 Rn. 12 m.w.N.

Grundgesetzes hat sich der Regelungsgehalt des Art. 144 Abs. 2 GG ebenfalls erledigt. Auch die Bezugnahme auf Art. 23 GG a.F. läuft ins Leere. Daher wird vertreten, dass insoweit eine Streichung „sinnvoll“ sei.³⁰

– Art. 145 GG

Art. 145 GG regelt das Inkrafttreten des Grundgesetzes. Auch in diesem Zusammenhang wird vertreten, dass sich die Vorschrift durch Erfüllung des Regelungsgegenstandes erledigt habe und obsolet geworden sei.³¹ Andere Stimmen machen wiederum die symbolische Bedeutung deutlich, dass Art. 145 GG trotz der Gegenstandslosigkeit auf die verfassungsgebende Gewalt verweise und zudem ein Zeugnis vom Entstehungsprozess der Verfassung darstelle.³²

3.2. Ablauf von Geltungsfristen

Einige Regelungen des Grundgesetzes werden mit Geltungsfristen verknüpft. Mit dem Ablauf einer Geltungsfrist dürfte im Grunde auch der Regelungsgegenstand entfallen sein. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Vorschriften:

- Art. 117 Abs. 1 GG
- Art. 125c Abs. 1 GG³³
- Art. 132 GG³⁴
- Art. 143 Abs. 1 und Abs. 2 GG³⁵
- Art. 143a Abs. 3 GG³⁶
- Art. 143b Abs. 2 Satz 2 GG³⁷
- Art. 143c GG³⁸
- Art. 143d Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 GG³⁹

30 Vgl. Unruh, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 144 Rn. 13; Huber, in: Sachs, GG, 9. Aufl. 2021, Art. 144 Rn. 12.

31 Siehe dazu Dreier, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 145 Rn. 2; differenzierend zur „teilweisen Gegenstandslosigkeit“ Klein, in: Dürig/Herzog/Scholz, GG, 104. EL April 2024, Art. 145 Rn. 15.

32 Kerkemeyer, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 145 Rn. 14.

33 Vgl. dazu anstelle vieler Jarass, in: Jarass/Pieroth, GG, 18. Aufl. 2024, Art. 125c Rn. 1 und Rn. 5.

34 Vgl. dazu anstelle vieler Dietlein, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 132 Rn. 1.

35 Siehe dazu Wieland, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 143 Rn. 16.

36 Vgl. Remmert, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, 58. Ed. 15.06.2024, Art. 143a Rn. 4.

37 Vgl. Remmert, in: Epping/Hillgruber, BeckOK GG, 58. Ed. 15.06.2024, Art. 143b Rn. 2.1.

38 Vgl. Heintzen, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 143c Rn. 15.

39 Vgl. Heun/Thiele, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 143d Rn. 11.

-
- Art. 143e Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 GG⁴⁰
 - Art. 143g GG⁴¹

Der Ablauf von Fristen bedeutet allerdings nicht zwingend die Bedeutungslosigkeit einer Vorschrift. So wird beispielsweise im Fall des Art. 117 Abs. 1 GG dennoch auf die besondere rechtshistorische Bedeutung hingewiesen.⁴² Nach Art. 117 Abs. 1 GG ist das dem in Art. 3 Abs. 2 GG geregelten Grundsatz der Gleichberechtigung entgegenstehende Recht bis zu seiner Anpassung an Art. 3 Abs. 2 GG oder längstens bis zum 31. März 1953 in Kraft geblieben. Außerdem bleibt die Bestandskraft von Rechtsakten, die aufgrund von Normen nach Art. 117 Abs. 1 GG bis zum Ablauf dieser Frist erlassen wurden, unberührt.⁴³

40 Vgl. dazu Bickenbach, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 143e Rn. 4.

41 Vgl. Siekmann, in: Sachs, GG, 9. Aufl. 2021, Art. 143g Rn. 1 f.; Heintzen, in: v. Münch/Kunig, GG, 7. Aufl. 2021, Art. 143g Rn. 7.

42 So Wollenschläger, in: Dreier, GG, 3. Aufl. 2018, Art. 117 Rn. 8.

43 Vgl. dazu anstelle vieler Baer/Markard, in: Huber/Voßkuhle, GG, 8. Aufl. 2024, Art. 117 Rn. 3.